Kreis Mettmann
Der Landrat

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/058/2019/1

Kreistag am 16.12.2019

Zu Punkt 15:	**Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2020/2021 des Kreises Mettmann -Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2020/ 2021**

Wie zu Beginn der Sitzung festgelegt, wird Tagesordnungspunkt 15 an die Stelle des Tagesordnungspunktes 17 gesetzt und dort beraten.

Bürgermeister Schneider spricht als Vorsitzender der Bürgermeisterkonferenz im Namen aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu den Anwesenden.
Er weist darauf hin, dass auch Bürgermeisterin Alkenings einen Redebeitrag leisten werde.
Bürgermeister Schneider führt aus, dass er aufgrund der schlechter werdenden finanziellen Lage der kreisangehörigen Städte diese Möglichkeit der Rede nutze. Er befürchtet, dass sich diese Situation bei nachlassender Konjunktur noch einmal verstärken werde. Dabei bildet die Grundlage der Diskussionen die Stellungnahme der Kämmerer, die von allen uneingeschränkt geteilt werde.
Er möchte keine Auseinandersetzung mit einzelnen Haushaltspositionen, sondern vielmehr das Bewusstsein für die Situation der Städte schärfen und zugleich einen Appell senden.
Bereits am 18.11.2019 habe es in der Bürgermeisterkonferenz diesbezüglich eine konstruktive Diskussion mit Landrat Hendele gegeben.

Darüber hinaus verweist Bürgermeister Schneider auf die teils dramatische finanzielle Lage der kreisangehörigen Städte, die in der Folge zu einer Streichung von freiwilligen Leistungen führe und auch zu einer fehlenden Finanzierung von Pflichtaufgaben. In dieser Hinsicht habe sich der Kreis Mettmann an den finanziell schlechter gestellten Städten zu orientieren, in welchen jede Stelle beziehungsweise deren Personalkosten auf Notwendigkeit überprüft werden müssen.
Demgegenüber stehen 40 neue Stellen für den Kreis Mettmann, bei denen die Notwendigkeit zum Teil fraglich sei.
Abschließend führt Bürgermeister Schneider aus, dass viele Kosten auf die kreisangehörigen Städte zukommen und gibt dabei zu beachten, dass die Städte funktionieren beziehungsweise handlungsfähig sein müssen, damit Bund und Land – und somit das gesamte Staatswesen- ebenfalls funktionieren könne.

Bürgermeisterin Alkenings stellt dar, dass es im Vergleich zum vergangenen Jahr ein anderes Signal aus den kreisangehörigen Städten gebe. Dabei habe der Kreis Mettmann eine deutliche Stellungnahme der Kämmererrunde erhalten.
Einerseits habe sich die Situation für die Städte aufgrund des heute zu beschließenden Doppelhaushaltes verschärft. Andererseits habe es in den vergangenen Jahren eine Hochkonjunktur gegeben, die nun abschwäche. In Verbindung mit der deutlichen Abhängigkeit der Kreisumlage von der Stadt Monheim führe dies für die kreisangehörigen Städte zu Sorgen. Falls in Monheim der Ertrag aus der Gewerbesteuer sinken sollte, kämen hohe Beträge auf die übrigen Städte zu, was wiederum zu schweren Verwerfungen in den dortigen Haushalten führen würde.

Ferner prognostiziert Bürgermeisterin Alkenings, dass Monheim den begonnenen Weg seiner Benehmensherstellung, nämlich das Durchklagen von Teilkreisumlagen, fortsetzen werde, sodass die anderen Städte dadurch zusätzlich belastet werden könnten. Natürlich könnten auch die anderen Städte versuchen aus der gemeinsamen Finanzierung auszusteigen. Für die Stadt Hilden verweist sie auf das Beispiel der dort fehlenden Kreisstraßen.

Mithin stellt Bürgermeisterin Alkenings Statistiken vor **(siehe Anlage 2)**.

Abschließend führt Bürgermeisterin Alkenings aus, dass sie das Benehmen zum Kreishaushalt nicht herstellen werde und bittet an dieser Stelle um Werbung einer nachhaltigen Haushaltspolitik durch die entsendeten Kreistagsmitglieder in der Landschaftsversammlung sowie um Berücksichtigung der Auswirkungen der Entscheidungen der Kreistagsmitglieder auf die Finanzlage der kreisangehörigen Städte

KA Schulte freut sich über das Erscheinen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Er merkt an, dass dies auch in der Vergangenheit erfreulich gewesen wäre.
Ferner erklärt er, dass das Bild der kreisangehörigen Städte und deren Räte über den Kreis, welches der Kreistag über die Presse wahrnehme, nicht sehr positiv sei. Das Bashing der nächsthöheren Ebene sei beliebt, aber meist wenig sinnvoll. Der Kreistag habe sich alle seine Entscheidungen nie leicht gemacht. Man solle sich bei Aufgabenerledigungen nicht gegenseitig das Wasser abgraben, sondern vielmehr Synergieeffekte aus einer gemeinsamen Zusammenarbeit gewinnen.
Auch die Digitalisierungsdividende könne niemals eingefahren werden, wenn jede kreisangehörige Stadt ihre eigene IT habe und diese einer gemeinsamen Lösung gegenüber nicht offen seien.
Bezogen auf die vielen Fragen, ob die eingesetzten Stellen des Kreises wirklich notwendig seien, beziehe er sich auf den Bereich Tourismus, bei welchem die SPD-Fraktion in der Abstimmung unterlegen sei, sodass dort weitere Stellen geschaffen werden. Die Tourismus-Stellen werden allerdings seitens der kreisangehörigen Städte geschätzt und positiv gesehen. Dies bilde für ihn einen Widerspruch.
Darüber hinaus sei zu beachten, dass Stellen, die aktuell nicht wiederbesetzt werden können, wie beispielsweise im Sozial- oder Ausländeramt, nicht einfach gestrichen werden können. Die Städte sollten konkrete Aussagen treffen, bei welchen Aufgaben der Kreis entbehrlich sei – und an diesen Entscheidungen dann die Mitverantwortung tragen.
Abschließend macht KA Schulte deutlich, dass jede Aussage der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister seitens der Kreistagsabgeordneten ernst genommen werde.

KA Völker führt aus, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister das Gefühl vermitteln, dass der Kreis Mettmann nicht wisse, was er tue.
Er betont, dass Kreisdirektor und Kreiskämmerer Richter sich stets gerne mit den Kämmerern der kreisangehörigen Städte auseinandersetze.
Ihm missfalle, dass die kreisangehörigen Städte bei Einsparungen des Kreises von Kosten, wie die nun vorliegenden 1,5% bei der Personalkostenbewirtschaftung, keine Rückmeldung zeigen.
Zudem betont er, dass jeder Cent, den der Kreis nicht ausgibt, unmittelbar an die Städte zurückgegeben wird. Die Landschaftsversammlung habe die Umlage um 0,1 % gesenkt; auch dieses Geld sei direkt an die Städte weitergeben worden.
Zu bedenken sei auch, dass 50% der Kreisumlage vom Kreis Mettmann direkt an den Landschaftsverband weitergegeben werden.
Darüber hinaus sei der Kreis gerne bereit zu diskutieren, allerdings nicht nur im Kontext wünschenswerter Einsparungen.
Abschließend sei unstrittig, dass jeder Kreistagsabgeordnete aus einer Stadt komme und sich für diese und ihre Interessen engagiert einsetze.

KA Ruppert gibt zu bedenken, dass die Kreisumlage natürlich ein kritischer Punkt sei.
Allerdings fehle ihm bei der von Bürgermeisterin Alkenings dargestellten Statistik **(Anlage 2)** die Komponente der Steuereinnahmen, die auch besonders stark gestiegen seien. Insofern dürften hier keine schiefen Bilder erzeugt werden.
Es sei klar, dass in Zukunft zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Städten Diskussionen darüber zu führen sind, welche Aufgaben noch erfüllt werden können und welche generell überhaupt benötigt werden. Dies sollte in jedem Fall offen, fair und gemeinsam geschehen.

Nachdem KA Dr. Ibold sich für das Kommen und die Reden sowie die Dialogbereitschaft von Bürgermeisterin Alkenings sowie Bürgermeister Schneider bedankt hat, merkt er an, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister generell häufiger in den Kreistag kommen sollten.
Zudem möchte er daran erinnern, dass der Klimaschutz ein großes Thema sei, bei welchem die kreisangehörigen Städte mit dem Kreis zusammenarbeiten könnten.
Auch im Sozialbereich könne man mit den kreisangehörigen Städten stärker gemeinsam arbeiten.
Überdies merkt KA Dr. Ibold an, dass die Zusammenarbeit im Bereich EDV zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Städten nicht umgesetzt werden konnte.

KA Küppers stellt dar, dass es gilt Synergien zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Städten zu schaffen. Es mache ihm Angst, falls Aufgaben in Zukunft aufgrund von Personalmangel im Ausland durchgeführt werden müssten.

Landrat Hendele macht deutlich, dass der Kreis Mettmann von den ihm zugewiesenen Aufgaben abhängig sei, sprich von Entscheidungen aus Brüssel, Berlin oder Düsseldorf. Dabei sei auch dieser Doppelhaushalt geprägt von fehlenden Schlüsselzuweisungen. Zudem habe man nur eine geringe Anzahl an freiwilligen Aufgaben.

Bürgermeister Schneider bringt an, dass seine Worte nicht als Angriff verstanden werden sollen, sondern es vielmehr um eine künftig verstärkte Zusammenarbeit auf Augenhöhe gehe.
Ihm sei bewusst, dass der Kreis wenige freiwillige Aufgaben habe, doch sei dennoch zu hinterfragen, ob auch diese wenigen Aufgaben erforderlich sind.

Bezogen auf die angesprochene Zusammenarbeit im Bereich der IT fasst Bürgermeister Schneider zusammen, dass diese in den kreisangehörigen Städten viel zu differenziert sei, um Verbundlösungen zu schaffen.
Er würde es begrüßen, wenn vor den nächsten Haushaltsberatungen zwischen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Kämmerern sowie den Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprechern eine Arbeitsgemeinschaft zur gemeinsamen Abstimmung zustande käme.

Beschluss:

A) Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt im Rahmen der Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2020/2021 bezogen auf die Ziffern 1.4, 1.5 und 3.5 der erstellten Verwaltungssynopse (Anlage 3) folgendes:

1.4: Forderung zur Reduzierung der Ertrags-und Aufwandsplanung:
Der Kreistag beschließt, die Ertrags- und Aufwandsplanung nicht in einem Umfang von 6 Mio. € zu ändern.

1.5: Globaler Minderaufwand
Der Kreistag beschließt, keinen globalen Minderaufwand in Höhe von 6 Mio. € in der Haushaltssatzung zu verankern.

3.2: Landschaftsumlage

Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Landschaftsverbandes Rheinland wird die Senkung des Hebesatzes für das Jahr 2020 ff. um 0,1 % Punkte im Haushaltsplan des Kreises Mettmann berücksichtigt und der Ansatz für die Landschaftsumlage entsprechend reduziert. Im Jahr 2020 wird der Hebesatz auf 15,1 % P. und für 2021-2024 auf 15,6% P. gesenkt und die Ansätze für die Landschaftsumlage entsprechend angepasst.

3.3: Stellenplan 2020/2021

Der Kreistag beschließt für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 eine Reduzierung der Personalkosten um jährlich 1,5%.

Der Kreistag beschließt die Absicht, jeweils 10 Stellen in den Jahren 2020 und 2021 einzusparen. Damit geht eine zusätzliche Personalkosteneinsparung von 325.000 € in 2020 und 650.000 € in 2021 einher.

3.5: Kreisumlagesenkungspotenzial aus dem 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz*:*

Der Kreistag lehnt einen pauschalen Abzug von 2 Mio. € im Haushaltsplan bei den Unterhaltungsaufwendungen ab.

B) Der Kreistag nimmt im Rahmen der Benehmensherstellung alle übrigen vorgebrachten Punkte zu allgemeinen Fragen und Ausführungen zu der erstellten Verwaltungssynopse (Anlage 3) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Zif. 1.4:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**
32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 1.5:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**
32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 3.2:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**
32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 3.3 S. 1:

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich angenommen**
32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Enthaltungen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 3.3 S. 2:

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich angenommen**
32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 3.5:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**
32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele